

Gerd Zelck

Dipl.-Ing (FH)

Fachenfelder Weg 129

21220 Seevetal

Tel/Fax.: 04105/82775

gerd.zelck@online.de

11. April 2013

Nach meiner Vorstellung sollten Politiker die folgenden Aussagen eines Wählers zur Kenntnis nehmen und die daraus abgeleiteten Ziele verfolgen:

Überarbeitung am 25. Dezember 2013

1.0 Allen Aussagen voran halte ich den Schuldenabbau für die wichtigsten innenpolitische Aufgabe. Möglichst parteiübergreifend sollte erkannt werden, **dass es unmoralisch ist**, wenn die Parteien aus Machterhalt (oligarchisches Verhalten) und wir Bürger aus anderen egoistischen Gründen weiter Schulden machen – derzeitig 2,2 Billionen EURO – und diese dann an die nachfolgenden Generationen weiter reichen. Deren Probleme werden ohnehin durch die Auswirkungen des Demographischen Wandels größer sein als heute.

2.0 Eine **gemeinsame EURO-Währung hat** im Rahmen der bestehenden Weltwährungssysteme **Vorteile** gegenüber ausschließlich Einzelwährungen in Europa.

3.0 Eine **künftige gemeinsame EURO-Währung** muss in ihren Regularien gegenüber den derzeitig bestehenden so **geändert werden**, dass bisher sichtbar gewordene Fehler und Schwachpunkte nicht mehr zur Wirkung kommen. Die ursprünglich enthaltene **No-Bailout-Klausel** muss wieder aufgenommen werden.

Kein Euro-Land haftet für die Schulden eines anderen!

Ein EURO-Land, das seine Schuldner nicht mehr bedienen kann, muss aus dem EURO-Verbund austreten können, um dann in seiner ursprünglichen Währung abzuwerten. Hat das Land sich dann intern modernisiert und ist wieder wettbewerbsfähig geworden und erfüllt die überarbeiteten EURO-Regularien, muss es der EURO-Verbund wieder aufnehmen, wenn dazu ein Antrag gestellt wird.

4.0 Alle im Bundestag vertretenen Parteien fordern mehr oder weniger einen **europäischen Zentralstaat** und sind bereit, hierfür deutsche Souveränitätsrechte an eine Europäische Zentralregierung in Brüssel abzugeben.

Ich glaube nicht, dass so eine Zentralregierung auf Dauer funktionieren wird. Noch nie haben Vielvölkerstaaten überlebt und erst recht nicht den Status einer Demokratie erreicht. Jugoslawien bestand aus nur 6 Völkern und zerbrach in einem grausamen Krieg. Die Sowjetunion mit insgesamt 15 Völkern konnte bis zu ihrer Auflösung 1991 nur streng diktatorisch zusammengehalten werden. Die EU ist dagegen ein Vielvölkerstaat mit 27 Individualisten und 20 verschiedenen Sprachen, von denen jeder gleichberechtigt eine Stimme hat; das kleine Malta mit 0,4 Mio. Einwohnern genauso wie das bevölkerungsstärkste Deutschland mit 80,6 Millionen. Regierung wie auch Opposition glauben, dass unter einer Zentralregierung die derzeitig voranschreitende Disharmonie zwischen Nord- und Südländern gestoppt werden kann und wieder Zustände wie vor dem EURO einkehren werden. Das ist Wunschdenken und pure EU-Romantik. Realistisch ist ein Bund aus souveränen Einzelstaaten, die durch eine reformierte Organisation in Brüssel mit eingeschränkten Kompetenzen und viel weniger Bürokratie uns nach außen vertreten.

Diese **neue, reformierte Organisation in Brüssel** sollte schwerpunktmäßig für ein abgestimmtes gemeinsames Handeln auf den Gebieten Außenpolitik, Verteidigung der EU-Außengrenzen, Verbrechensbekämpfung – um hier wesentlichen Gebiete zu nennen - zuständig sein. Nicht zuständig sein darf diese neue EU-Organisation für Wirtschaft und Umwelt, weil in der Vergangenheit von diesen Sachgebieten die größten Unsinnigkeiten – z.B. bei der Normung – ausgegangen sind. Als weitere Reizpunkte erinnere ich an das Antidiskriminierungsgesetz, Abitur für Pflegekräfte und Feinstaubbegrenzung. Es mag durchaus auch einige positive Beispiele geben, aber insgesamt dürfte diese Maßnahme Bürokratie, Kosten und Entscheidungszeiten entscheidend reduzieren. Eine Brüsseler Behörde sollte - bis auf wenige Ausnahmen wie z.B. Kartellrecht/Fusionskontrolle/Wettbewerbskontrolle - prinzipiell die Mitgliedsländer nur nach außen vertreten und nicht nach innen wirken.

Hierbei ist auch zu betrachten, dass heute jedem Mitgliedsland ein eigenes Kommissariat zugestanden wird, das dem eines Ministeriums entspricht, allerdings zu Brüsseler Kosten. Weil es Schwierigkeiten bereitet, für alle 27 Kommissariate eindeutig abgegrenzte Aufgabenbereiche zu finden, wurden viele Kommissariate mit Stellvertreter- oder administrativen Aufgaben betraut. Eine Auszählung im April 2013 ergab 15 Fachkommissariate, 8 Stellvertreter und 4 für Leitung und administrative Aufgaben.

Jeder Kommissar will sich zunächst so gut wie möglich profilieren und produziert fleißig neue Gesetze und Vorgaben. Für die häufig neuen Themenbereiche müssen dann in den Regierungen der Mitgliedsländer neue Organisationen gebildet werden, um diese Themen bearbeiten zu können. Meistens werden neue Gesetze zunächst

abgelehnt und ein Besprechungsreigen mit reger Reisetätigkeit nimmt seinen Anfang. Die Gesetze werden dann vielfach geändert, bis sie dann irgendwann eingeführt werden können und dadurch den bereits bestehenden Gesetzes-Dschungel weiter vergrößern.

Hat sich ein Kommissar einmal zu einem wirklich guten Koordinator gemausert, der die Gemeinschaft vertritt und nicht mehr bevorzugt sein eigenes Land, wird er durch einen Willfährigeren ersetzt, der dann zunächst einmal gute Gesetze gegen schlechtere ausgetauscht. Und die Bürokratie wächst und wächst wie eine Krake. Rund 23.000 EU-Beamte (viele davon wahrscheinlich pensionsberechtigt) arbeiten derzeit den Kommissariaten zu.

5.0 Neue Landesregierungen sowie die neue Bundesregierung in diesem Jahr stehen zunächst vor der riesigen Aufgabe, die bisher eingegangenen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft, die irgendwann abgefordert werden, zu bezahlen. Hierzu gehören auch die aufgelaufenen Kredite der Deutschen Bundesbank aus Target 2, die von den Schuldnerländern sehr wahrscheinlich nicht zurückgezahlt werden können.

Intern sollte aber das Ziel, bald zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, um dann den inzwischen weiter angewachsenen Schuldenberg endlich einmal abzubauen, zur obersten Richtschnur in unserem Land erhoben werden (siehe Punkt 1.0). Nach dieser ist dann jede mit Mehrkosten behaftete Entscheidung im Bundestag zunächst zu prüfen, ob sie wirklich alternativlos ist. **Damit würden wir den Ermahnungen gegenüber den Schuldenstaaten im eigenen Land reale Taten setzen und deutlich machen, dass ein Aufbürden unserer derzeitigen Schuldenlast in Billionen-Höhe auf die Nachfolge-Generationen unmoralisch ist und nicht sein darf.** Dabei darf die wichtigste Aufgabe unserer Gesellschaft, die Bildungspolitik, nicht vernachlässigt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich auf folgende Themenbereiche hinweisen, deren Überarbeitung bzw. Eliminierung größere Kosteneinsparungen erwarten lassen:

5.1 Hinterfragung der **anthropogen verursachte Klimaerwärmung.**

Diese in der Öffentlichkeit propagierte Klimaerwärmung ist, wenn überhaupt gegeben, sehr gering und dann eher mit positiven Effekten wie Heizenergie-Einsparung und Düngewirkung, behaftet. Ich habe das Thema selbst untersucht und herausgefunden, dass eine Erwärmung, die eindeutig auf das CO₂ in der Atmosphäre zurückzuführen ist, bisher nicht eingetreten ist. Alle Aussagen dazu wurden deshalb ja auch im Konjunktiv formuliert.

Eindeutig **positiv** wirkt sich dagegen das Infrarot-aktive Spurengas CO₂ aus, weil deren Zunahme in der Luft nachweislich zu höheren Ernteerträgen geführt hat. Auch bei den noch zu erwartenden weiteren Erhöhungen werden sich die Ernteerträge ebenfalls weiter erhöhen und dem Hunger einer ebenfalls noch zunehmenden Menschengruppe entgegenwirken. **CO₂**, für das Leben auf der Erde unverzichtbar, **ist ein Lebensgas** und kein luftverschmutzendes Gas, wie lautstark in der Öffentlichkeit kundgetan. Deshalb sollten alle CO₂-reduzierende Maßnahmen wie z.B. der Handel mit sogenannten Verschmutzungsrechten, CO₂-Separation usw. unterbleiben.

5.2 Ein besonderes Problem ist die von der Merkel-Regierung eingeleitete Energiewende. Bis 2040 – also in 28 Jahren – sollen die erneuerbaren Energien 45% vom (dann) gesamten Energieverbrauch und 65% vom Stromverbrauch abdecken. Wie unter 5.1 angeführt, ist diese Maßnahme unbegründet, wenn dadurch der CO₂-Ausstoß reduziert werden soll. Aber unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung fossiler Energien ist eine gewisse Entlastung ihres Verbrauchs durch erneuerbare Energien und Kernenergie gerechtfertigt. Nur, die Erneuerbaren sind durchweg sehr teuer und die Kosten werden ausschließlich den Stromverbrauchern aufgebürdet. Weil noch ausreichend fossile Energien vorhanden sind - insbesondere Kohle, aus der sich auch flüssige Kohlenwasserstoffe herstellen lassen – ist Eile bei der Umsetzung einer Energiewende nicht gerechtfertigt. Wir können den Zeitplan dafür auf einige hundert Jahre strecken und dadurch die Kostenbelastung für die Bürger und strom-verbrauchenden Industrien wesentlich reduzieren. Aber diesen langsameren Ausbau der Erneuerbaren sollten wir auf keinem Fall aufgeben. **Ein „weiter so wie bisher“ darf es nicht geben und wäre den nachfolgenden Generationen gegenüber genauso unverantwortlich wie weiteres Schuldmachen!** Die fossilen Energien sind grundsätzlich endlich und müssen irgendwann ersetzt werden. Und ebenso sicher ist, dass in Kombination mit der Kernenergienutzung (z. B. mit dem inhärent sicheren Hochtemperaturreaktor) sich das Ende flüssiger Kohlenwasserstoffe hinausschieben lässt. Ich habe mich ebenfalls damit beschäftigt.

5.3 Die Verteufelung der Kernenergie im Verbund mit der radioaktiven Strahlung, die grundsätzlich bis zum Wert 0 herunter schädlich sein soll (linear no threshold-Hypothese), ist nicht gerechtfertigt.

Schon in Deutschland unterliegen die Menschen stark unterschiedlichen Strahlungsbelastungen durch die natürliche Hintergrundstrahlung, von (bezogen auf 75 kg Durchschnittsgewicht) 2000 Becquerel (1 Bq ist ein Kernzerfall pro Sekunde) in Norddeutschland bis 8000 Bq im Schwarzwald. Aufgrund geologischer Gegebenheiten ist die natürliche Hintergrundstrahlung in bestimmten Gegenden in Indien (Mozanit-Bereich) um den Faktor 4, in Brasilien (Atlantikküste) um den Faktor 20 und im Iran gar

um den Faktor 45, höher. Die dort lebende Bevölkerung wurde auf Anomalien hinsichtlich besonderer Krankheiten, die von dieser höheren Strahlenbelastung herrühren könnten, untersucht. Ergebnis: Keine negativen Anomalien, eher positive, die aber noch innerhalb des Toleranzbereiches liegen.

Es gibt noch ein Beispiel für eine Steigerung bei der Strahlenbelastung, und das ist der Heilstollen im österreichischen Bad Gastein, in dem jährlich tausende kranke Touristen kuren und sich das Bedienpersonal täglich viele Stunden aufhält. In einem m^3 Luft finden dort im Mittel 44.000 Bq statt, maximal wurden 166.000 Bq gemessen. Der erlaubte Grenzwert für die Ableitung von radiumhaltigem Abwasser aus kerntechnischen Anlagen in Deutschland beträgt: 2 Bq/l. Aus Wikipedia wurden folgende Angaben entnommen:

Die Europäische Kommission empfiehlt, die maximale Radonkonzentration in Innenräumen zu begrenzen. Dabei werden folgende Grenzwerte empfohlen: Eingreifrichtwert: 400 Bq/m^3 für Gebäude, die vor 1996 gebaut wurden. Planungsrichtwert: 200 Bq/m^3 für Gebäude, die nach 1996 gebaut wurden. Die Strahlenschutzkommission hat in ihrer Stellungnahme vom 14. Juli 2004 eine statistische Signifikanz des zusätzlichen Lungenrisikos durch Radon ab 150 Bq/m^3 festgestellt. Es wird deshalb eine Reduzierung der Radonkonzentration in Innenräumen auf unter 100 Bq/m^3 empfohlen. Ein entsprechendes Gesetz ist aber noch nicht in Kraft gesetzt worden.

Die Österreicher sind ähnlich hypersensibel wie die Deutschen, was radioaktive Strahlung betrifft. Deshalb wurden die von den Betreibern genannten Heilerfolge eingehend geprüft, u.a. auch mit Kreuzversuchen, um einen eventuellen Placebo-Effekt aufzudecken. Das Ergebnis war: An den beobachteten Heilerfolgen gibt es keinen Zweifel. Das wurde auch in Deutschland so festgestellt, denn hier werden insgesamt 7 radonhaltige Quellen für Heilkuren genutzt.

Ein weiteres Beispiel für einen positiven Einfluss auf die Tierwelt bietet die heute noch erhöhte Hintergrundstrahlung in der sogenannten Todeszone um den havarierten Tschernobyl-Reaktor. Am 21. August 2012 wurde um 20 Uhr 15 auf ARTE in einer 90 Minütigen Dokumentation unter dem Titel „Tschernobyl – Die Natur kehrt zurück“ gezeigt, dass sich dort ein gesundes Tierleben, von Mäusen bis Großtierpopulationen wie Wildpferde, Wildschweine, Hirsche, Rehe und Elche, entwickelt hat, die im biologischen Gleichgewicht mit Raubtierpopulationen wie Fuchs, Wolf und auch Bären stehen.

Fazit von Punkt 5.3: Kernenergie-Nutzung in einem gewissen Umfang ist gerechtfertigt und verbilligt die Stromerzeugung. Deutsche Kernkraftwerke gehören zu den sichersten und die eingespielte staatliche Überwachung zu der verlässlichsten der Welt. Eine Lagerung der Castorbehälter mit hoch-radioaktiven Abfällen in den vorgesehenen tiefen Stollen von Gorleben ist von allen in Deutschland gegebenen Möglichkeiten die bestmögliche, weil Salz die Abwärme am besten ableitet und der Salzstock in Gorleben bereits weitgehend erkundet wurde. Damit ist eine zeitlich

unbefristete Lagerung in Gorleben auch die billigste Lösung und hierbei sollte auch die Kostenfrage einen hohen Stellenwert bekommen. **Eine erneute Standortsuche mit neuen Kriterien und ein ignorieren aller bisherigen Erkenntnisse, die die Erkundung in Gorleben gebracht hat, ist eine künstliche Verteuerung des Problems und unmoralisch.**

Ebenso sollte eine Fertigentwicklung des in Deutschland erstmals gebauten und erprobten, inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors (Kugelhaufenreaktors) in Erwägung gezogen werden, weil mit dem etwa 800 °C heißem Betriebsgas Helium die eines Tages erforderlich werdende Kohleverflüssigung günstig ausgeführt werden kann.

6.0 Eine andere Ausrichtung der Entwicklungshilfe.

Die derzeitigen Flüchtlingsströme aus afrikanischen Ländern nach Europa machen auf ein Problem aufmerksam, das in Deutschland aus verschiedenen Gründen nicht offen ausgesprochen wird: Die Bevölkerungsexplosion seit Beginn des 20. Jahrhunderts und alle derzeitigen Anzeichen sprechen dafür, dass die Erde heute schon mit 7,14 Milliarden Menschen (bis Ende des Jahrhunderts werden 10 Milliarden erwartet. Das ist ein Mittelwert, es können auch 14 Milliarden werden) Merkmale einer Überbevölkerung zeigt und sich deshalb wieder auf ein gesundes Maß reduzieren sollte.

Insbesondere Afrika hat eine hohe Zuwachsrate. Bis 2050 wird sich dort die Bevölkerung von heute 1.100 auf 2.431 Millionen erhöhen, das sind 127% in 40 Jahren (entnommen aus Datenreport 2013 der Stiftung Weltbevölkerung).

Auch aus Westasien (Klein Asien) mit Ländern wie Irak, Jemen, Syrien und der Türkei kommen Flüchtlinge nach Europa. Dort wird sich die Bevölkerung bis 2050 um 61% vergrößern.

In allen diese Völker herrscht ein gewaltiger Bevölkerungs-Überdruck, der sich fast ausschließlich in Richtung Europa entladen wird und dort wiederum auf nur wenige Zielländer, von denen Deutschland ein bevorzugtes ist. Werden heute die Tore für einige tausend Bootsflüchtlinge geöffnet, werden es in Kürze Millionen sein, die Eingang begehren.

Deshalb sollten sich unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, dass in den Ländern Afrikas und Klein-Asien die Geburtenraten abnehmen. Hierfür gibt nur einen (machbaren) Ansatz: Es darf nicht durch Gewalt geschehen, sondern ausschließlich mit friedlichen Mitteln, wie durch Verhütung, Familienplanung, Aufklärung und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

Das sind Aufgaben für die Entwicklungshilfe, die sich bisher mehr auf Waffenlieferungen und Umweltpolitik konzentrierte. **Geburtenvermeidung statt CO₂-Vermeidung!**, muss die Devise heißen. Jedes Kind, das in Afrika dadurch weniger geboren wird, wirkt in die richtige Richtung. Auch Abtreibung darf kein Tabu sein, solange Kinder dort verhungern.

7.0 Änderungen bei der Gesundheitspolitik durch ein anderes Ernährungsverhalten.

Derzeitig essen wir, insbesondere in den reichen Ländern der ersten und zweiten Welt, ungesund viel tierische Fette (gesättigte Fettsäuren sind der Dickmacher Nr.1) und auch zu viel Zucker. Dickleibigkeit mit Herz- und Kreislaufproblemen sowie höhere Krankenkosten sind die Folge. Wenn das so bekannt gemacht wird wie die Schädlichkeit des Rauchens, könnte, vielleicht über einen etwas längeren Zeitraum, auch hier ein Umdenken und Umschwenken im Verhalten erreicht werden.

Unabhängig davon sollte auch weniger Fleischkonsum unterstützt werden durch schärfere Gesetze gegen eine quälerische Massentierhaltung und wesentlich höhere Geldstrafen bei Nichteinhaltung. Das Ziel sollte sein, unseren Fleischbedarf nur noch über eine artgerechte Tierhaltung zu decken. Die höheren Kosten dadurch sind erwünscht und wirken in die richtige Richtung. **Die heute praktizierte quälerische Massentierhaltung ist eine Schande für unsere Gesellschaft!**

8.0 Zurückdrängen von Auswüchsen, die durch eine „political correctness“ (Abkürzung: PC) im öffentlichen Sprachgebrauch entstanden sind.

Aus dem Internet habe ich folgende Definition entnommen:

Political correctness (Abkürzung: PC) ist die Anbietung an die jeweilig aktuelle Ausrichtung des gerade vorherrschenden (politischen) Zeitgeistes, indem sie die Meinungshoheit ausschließlich für sich beansprucht. Die Anhänger und Nacheiferer verstehen sich selbst immer als die Vertreter einer „politisch korrekten“ Sprache im Sinne der Opportunität und somit zugleich als vorgeblich moralische Instanz. Die Political correctness geht fließend in strafrechtlich relevante Meinungsverbote und Zensur über und schreibt den Menschen vor was sie zu denken haben. «Das vorläufige Endprodukt von 200 Jahren Emanzipation ist der Gutmensch. Er ist Nietzsches blinzelnder letzter Mensch. Anders als ein Gläubiger, der sich zu seinem Glauben bewusst bekennt, ist er als Ungläubiger Sklave seines Glaubens. Seiner Ersatzreligionen sind viele: Feminismus, Pazifismus, Klimaschutz, Antispeziesismus, Konsumismus – und über allem thronend die Political Correctness.»

Aus Wikipedia habe ich noch entnommen:

PC bezieht sich auf eine Reihe von „Tabuthemen“, die von den Medien systematisch ausgeklammert würden. Als Ergebnis herrsche eine „feige Einheitsmeinung vor, diktiert von einer totalitär verstandenen ‚political correctness‘.“

Ich möchte mich hier nur einige wenige Beispiele nennen, die wieder auf eine realistische Dimension zurückgeführt werden sollte.

8.1 Schwule und Lesben werden werden in der Öffentlichkeit den normalveranlagten völlig gleichgestellt. Das geht inzwischen so weit, dass auch schwulen Paaren erlaubt wird, Kinder zu adoptieren.

Es muss wieder deutlich gemacht werden und auch wieder ausgesprochen werden dürfen, dass eine Paarbildung aus Mann und Frau mit dem Ziel, Kinder zu bekommen

und groß zu ziehen, die natürliche Form und eine gleichgeschlechtliche Paarbildung eine unnatürliche Form ist.

Menschen, deren Sexualität auf das gleiche Geschlecht ausgerichtet ist, dürfen selbstverständlich nicht diskriminiert werden, weil sie mit ihrem Verhalten geboren wurden, dieses also genetisch bedingt ist. Aber es ist von der evolutionären Entwicklung her gesehen nicht die gewünschte Form, die Art zu erhalten und in unserer heutigen modernen Gesellschaft zusätzlich auch noch für Einzahler in unsere Sozialsysteme zu sorgen. Deshalb sollten und können sie auch nicht als Vorbild für Kinder dienen.

8.2 Übertriebener Feminismus. Stichworte hierzu:

Frauen und Männer sind absolut gleich/Keine Unterschiede machen bei der Erziehung von Kleinkindern/geschlechterneutrale Bezeichnungen/ Bei Bewerbungen sind Frauen zu bevorzugen/Frauenquote für oberes Management, Führungspositionen und in der Politik.

Es gibt sehr wohl Unterschiede zwischen Mann und Frau, und zwar nicht nur körperliche, sondern auch in der Psyche, den Interessen und in der Art der Begabung. Diese Unterschiede zusammen bilden erst unsere Gesellschaft und Kultur. Das muss wieder deutlich gemacht werden, damit wir die Vorteile daraus voll ausschöpfen können. Insbesondere bei der Kindererziehung und auch noch im Grundschulalter ist es sehr wichtig, diese Unterschiede zu fördern statt sie zu unterdrücken, wie derzeit.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: mit der „Art der Begabung“ (oben) denke ich z. B. daran, dass Frauen mehrheitlich sprachbegabter sind und möglicherweise auch fähiger beim Multitasking, während Männer mehrheitlich besser analytisch und technisch denken können.

8.3 Verdrängung von sachlich richtigen Bezeichnungen und Wahrheiten.

Beispiele hierzu:

Menschenrassen. Obwohl es für die bekannten Menschenrassen die zwar nur geringe, aber dennoch eindeutige Unterschiede aufweisen (z. B. bei genetisch bedingten Krankheiten), keinen anderen oder besseren Begriff gibt, wird diese Bezeichnung aufgrund des Missbrauchs in der Nazizeit heute unterdrückt.

Aus dem Internet entnahm ich aus Spektrum der Wissenschaften:

Als Großrassen bezeichnet man die Europiden, Mongoliden und Negriden. Diese sind kontinental verbreitet und umfassen jeweils zahlreiche regionale Rassen, die geographisch und zeitlich stark variieren können.

Beispiel und Kommentar, die ursprünglich hier standen, habe ich nach privaten Gesprächen wieder gelöscht. Es war ein Ausspruch, der grundsätzlich richtig ist, aber von den Nazis zynisch missbraucht wurde. Und er kann auch heute wieder

missbraucht werden kann, wenn man ihn bei meinem Kommentar aus dem Zusammenhang reißt und mir dann unterstellt. Somit gibt es immer noch eine Kategorie von Aussagen, für die eine gewisse „political correctness“ unumgänglich ist. Darauf möchte ich mit diesem Beispiel aufmerksam machen.

Zigeuner. Im erweiterten Sinne gehört auch die Verdrängung dieses Begriffes dazu. Politisch korrekt will diese Ethnie eines nicht sesshaften Volkes als Roma und Sinti bezeichnet werden. Jedoch gibt es viele Beispiele, wo im Sprachgebrauch das Wort Zigeuner positiv behaftet ist, so z. B. in der Operette „Zigeunerbaron“ mit den darin vorkommenden Arien. Auch sei an die Arie „Zigeunerblut“ in der Oper Carmen erinnert.

Ein renommiertes Hotel hat kürzlich das Gericht „Zigeunerschnitzel“ aus der Speisekarte entfernt, um ja nicht politisch inkorrekt aufzufallen.

9.0 Überprüfung von gesetzlich vorgegebenen Grenzwerten

Bisher gibt es hierbei nur eine Richtung: aufgrund immer besser werdender Analyseverfahren **immer niedrigere Grenzwerte** und damit bei deren Einhaltung auch immer höhere Kosten. Ich möchte das an einem typischen Beispiel einmal erläutern, nämlich an der **Feinstaubbelastung**.

Nach Wikipedia wird erst ab Größen $< 2,5 \mu\text{m}$ (2,5 millionstel Meter oder 2,5 tausendstel Millimeter) ein Feinstaubteilchen lungengängig. Weitere Kategorisierungen: Feinstaub $< 10 \mu\text{m}$ = inhalierbarer Feinstaub; $< 0,1 \mu\text{m}$ = ultrafeine Partikel.

Grenzwert-Vorgaben kommen aus Brüssel. Danach betrug ab Januar 2005 der einzuhaltende Tagesmittelwert für PM_{10} $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ bei 35 zugelassenen Überschreitungen im Kalenderjahr und ab 2010 der Jahresmittelwert PM_{10} $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Für die Partikel, die $< 2,5 \mu\text{m}$ sind und ab dann überhaupt erst lungengängig werden, gibt es noch keine gesonderten Grenzwerte.

Immer wieder werden Grenzwertüberschreitungen in deutschen Städten gemessen, die dann nach Brüssel weitergeleitet werden müssen. Als **Verursacher Nr. 1 wird das Auto** hingestellt, aber auch das **Heizen mit Holz** soll eine Emissionsquelle sein.

2002 wurden in Hannover die Belastungsquellen einmal genauer untersucht. Im Durchschnitt betrug die Feinstaubbelastung $43 \mu\text{g}/\text{m}^3$, wovon rund 50% aus regionalen Quellen kamen (also von Quellen außerhalb der Stadt), 24% aus dem Verkehr durch Abrieb und Verwirbelung und zusätzlich nur **6% aus dem Auspuff!** Wenn diese Verhältnisse heute ähnlich sind wie damals in Hannover kann gefolgert werden, dass Verkehrsbeschränkungen überhaupt nicht in der Lage sind, die EU-Richtlinien einzuhalten.

In Hamburg gibt es insgesamt 18 Messstationen, die die Luftbelastung messen. Aus einem Artikel im Hamburger Abendblatt vom 30. Juli 2013 entnahm ich, dass auch

Staub aus der Sahara hier gemessen wurde. Das ließ mich nun aufhorchen, denn eine europaweite Studie der Allianz „Gesundheit und Umwelt“ (HEAL, ein Zusammenschluss von mehr als 65 Nichtregierungsorganisationen) in Brüssel besagt unter anderem, dass bei täglicher Einatmung von Feinstaub chronische Schäden für die Lunge und das Herzkreislaufsystem entstehen. Wenn das stimmt, müssten das typische Krankheiten der Wüstenvölker sein, die ja täglich diese Stäube einatmen. Im Internet fand ich keine Hinweise dazu und auch die Zahlenangaben in dieser Studie wie z. B., dass 2722 Todesfälle und 1280 Fälle von chronischer Bronchitis mit mehr als 800 Krankenhaus-einweisungen allein auf die Schadstoffe aus der Kohleverstromung zurückzuführen sind, betrachte ich mit großer Skepsis. Wie will man das wohl so genau feststellen? Ich vermute hier forsche Hochrechnungen, wie bei anderen Grenzwerten auch üblich.

Die gleiche Skepsis ist den vielen anderen Grenzwerten wie bei Blei im Trinkwasser, Asbest in Asbest-Zementverbindungen, schwach radioaktiven Stoffen, Stickoxiden, Ozon, usw. entgegenzubringen. Alle diese Verordnungen gehören neu auf dem Prüfstand und müssen frei von jeglicher Ideologie und damit von Vorgaben, neu bewertet werden. Damit will ich nicht sagen bzw. gehe davon aus, dass alle Grenzwerte zu hoch sind. Wenn sich der umgekehrte Fall herausstellt, dann muss die Grenzbelastung auch schärfer eingestellt werden.

10.0 Trennung von Staat und Religion

Gleich wie in den meisten europäischen Staaten und selbst in der islamisch geprägten Türkei, sollte auch bei uns der Laizismus sichergestellt sein. Dadurch können religiös begründete Hemmnisse wie z.B. bei der Stammzellenforschung und einer gesetzlich erlaubten Sterbehilfe, abgebaut und damit das Leben in Deutschland menschlicher gestaltet werden.

Auch eines der größten Probleme der Menschheit, die bereits zu hohe und immer noch weiter zunehmende Weltbevölkerung, würde in einem laizistischem Deutschland eine stärkere Beachtung und Unterstützung zum Gegensteuern erfahren.

Zusammenfassung der einzelnen Punkte in Stichworten:

1.0 Der Schuldenabbau muss zur obersten Priorität werden. Es ist unmoralisch, derartige Belastungen an die kommenden Generationen weiter zu reichen.

2.0 Eine gemeinsame EURO-Währung hat im Rahmen der bestehenden Weltwährungssysteme Vorteile.

3.0 Eine künftige gemeinsame EURO-Währung muss in ihren Regularien auf den neuesten Stand gebracht werden. Hierzu gehört auch, dass die **No-Bailout-Klausel** wieder aufgenommen wird.

4.0 Eine neue, reformierte Organisation in Brüssel sollte prinzipiell die Mitgliedsländer nur nach außen vertreten und nicht nach innen wirken. Überhaupt nicht zuständig sollte diese neue EU-Organisation für Wirtschaft und Umwelt sein.

5.0 Neue Landesregierungen sowie die neue Bundesregierung in diesem Jahr stehen zunächst vor der Aufgabe, die bisher angehäuften riesigen Kosten- und Schuldenberge zu reduzieren bzw. abzubauen. Deshalb ist jede mit Mehrkosten behaftete Entscheidung im Bundestag zunächst zu prüfen, ob sie wirklich alternativlos ist.

5.1 Die Aktionen gegen eine anthropogen verursachte Klimaerwärmung sind nicht gerechtfertigt. CO₂ ist ein Lebensgas und kein Luftverschmutzer. Deshalb sollten alle CO₂-reduzierende Maßnahmen wie z.B. der Handel mit Verschmutzungsrechten, CO₂-Separation usw. unterbleiben.

5.2 Unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung fossiler Energien ist eine gewisse Entlastung ihres Verbrauchs durch erneuerbare Energien und Kernenergie-Nutzung (!) gerechtfertigt. Dafür haben wir aber einige hundert Jahre Zeit und können die Kostenbelastungen wesentlich reduzieren. Aber ein längerfristiger Ausbau der **Erneuerbaren** sollte auf keinem Fall aufgeben werden. Ein „weiter so wie bisher“ darf es nicht geben.

5.3 Die Verteufelung der Kernenergie im Verbund mit der radioaktiven Strahlung ist nicht gerechtfertigt. Kernenergie-Nutzung in einem gewissen Umfang ist sinnvoll und verbilligt die Stromerzeugung.

Eine zeitlich unbefristete Lagerung in Gorleben ist die billigste und beste Lösung. Aber auch eine Fertigentwicklung des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors (Kugelhaufenreaktors) sollte in Erwägung gezogen werden.

6.0 Afrika steht unter einem gewaltigen Bevölkerungs-Überdruck, der sich ausschließlich in Richtung Europa und dort auf wenige Zielländer entlädt. Deshalb sollte die Entwicklungspolitik sich auf eine Geburtenreduzierung (ohne Gewalt!) konzentrieren. „**Geburtenvermeidung statt CO₂-Vermeidung!**“, muss die Devise heißen. Jedes Kind, das in Afrika dadurch weniger geboren wird, wirkt in die richtige Richtung. Auch Abtreibung darf kein Tabu sein, solange Kinder dort verhungern.

7.0 Änderungen bei der Gesundheitspolitik durch ein anderes Ernährungsverhalten. Derzeitig essen wir in Deutschland ungesund viel tierische Fette (gesättigte Fettsäuren sind der Dickmacher Nr.1) und auch zu viel Zucker. Dickleibigkeit mit Herz- und Kreislaufproblemen sowie höhere Krankenkosten sind die Folge.

Unabhängig davon sollte auch weniger Fleischkonsum angestrebt werden. Das Ziel sollte sein, unseren Fleischbedarf nur noch über eine artgerechte Tierhaltung zu decken. **Die heute praktizierte quälereische Massentierhaltung ist eine Schande für unsere Gesellschaft!**

8.0 Zurückdrängen von Auswüchsen, die durch eine „**political correctness**“ im öffentlichen Sprachgebrauch entstanden sind. Hierzu wären zu nennen eine völlige Gleichstellung von **Schwulen und Lesben** gegenüber dem Normalfall eines Elternpaares aus **Mann und Frau**, ein übertriebener Feminismus, der die Frauen bevorzugen will, und die Verdrängung von sachlich richtigen Bezeichnungen und Wahrheiten.

9.0 Überprüfung von **gesetzlich vorgegebenen Grenzwerten** wie z. B. die Feinstaubrichtlinie. Es besteht der Verdacht, dass ideologiebedingt viele Grenzwerte im Laufe der Zeit zu eng formuliert, wodurch die Kosten unnötig hoch getrieben wurden.

10.0 Eine Trennung von Staat und Religion ermöglicht eine Weiterentwicklung der Gesellschaft mit mehr Menschlichkeit auf vielen Gebieten und sollte deshalb angestrebt werden.